

Solidarität sollte mehr als ein vielstrapazierter Begriff sein

Corona hält die Welt und insbesondere auch EUROPA fest im Griff.

Zurecht werden seitens der Politik nationale und EU-weit wirkende Stützungsmaßnahmen zur Abfederung enormer Einbrüche in allen betroffenen Wirtschaftszweigen beschlossen. Dies hat bereits zu erheblichen Budget-Überschreitungen der nationalen Haushalte geführt und wird diese wohl auch in der Zukunft noch über Gebühr belasten.

Erstmals seit der Finanzkrise 2009 sind wir alle aber insbesondere die Mittelmeerländer Italien, Frankreich und Spanien wieder auf massive Unterstützung durch die EU (Wiederaufbau-Fonds über € 750 Mrd.) angewiesen. Die hier für erstmals notwendige gemeinsame Schuldenaufnahme durch die EU-Kommission, welche durch die selbsternannten „Sparsamen Vier“ unter BK Kurz so vehement bekämpft wurde, soll aus dem laufenden EU-Haushalt getilgt werden. Dies wird allerdings nur gelingen, wenn eine längst fällige EU-weite Besteuerung von international tätigen (IT)-Konzernen und eine Abgabe auf CO²-Emittenten für „eigene Einnahmen“ im EU-Haushalt sorgen. Zudem wird man national um einen gerechten Solidar-Beitrag der allergrößten Vermögen (die reichsten 10% der EU-Haushalte verfügen über mehr als die Hälfte des gesamten Vermögens) nicht umhinkommen. Deren Vermögenszuwächse stammen offenbar zu einem großen Teil nicht aus realwirtschaftlicher Wertschöpfung sondern aus davon völlig entkoppelten Entwicklungen der Finanz-Industrie.

Leider befürchten rückwärtsgewandte erzkonservative Kreise (u.a. Hans Werner Sinn in einem Beitrag TT-Magazin) für die EU nach dem Brexit eine „problematische Gewichtsverlagerung“ in Richtung Mittelmeerländer. Gelebte Solidarität im Hinblick auf die bevorstehenden Herausforderungen an die Union sieht wahrlich anders aus.